



Vontobel

Geopolitik und Klimawandel

Wie sich das Klima auf die
Geopolitik und politische
Massnahmen auswirkt

03
Die wichtigsten Punkte für
Anlegerinnen und Anleger

04
Einführung

05
«Ein Ring, sie zu knechten»:
Ressourcen

06
Die Geopolitik trifft auf
den Klimawandel

14
Alles zusammenbringen

16
Welche Auswirkungen könnte
dies für Anleger haben,
und warum sind diese
Ereignisse wichtig?

19
Abschliessende
Überlegungen für
Anlegerinnen und Anleger



Dr. Reto Cueni
Vontobel Chief Economist



Dr. Veronika Stolbova
Senior ESG Analyst

Die wichtigsten Punkte für Anlegerinnen und Anleger

Die Verbindung zwischen Geopolitik und Klimawandel

Der Klimawandel und die Geopolitik sind eng miteinander verknüpft, wobei vor allem die historische Ausbeutung von Ressourcen die heutige geopolitische Landschaft prägt. Die Entscheidungen von Ländern, die sich einst auf fossile Brennstoffe verliessen, können jetzt eine wichtige Rolle für die Eindämmung — oder Verstärkung — des Klimawandels spielen. Das wiederum beeinflusst die internationalen Beziehungen, die Industriepolitik, die Haushaltsprioritäten sowie das weltweite Kräftegleichgewicht.

Klimawandel scheint Beziehungen zwischen Ländern zu prägen

Der Klimawandel wirkt sich durch die von Extremwetter verursachten Schäden direkt auf die internationalen Beziehungen aus. Aber auch indirekt sind die Folgen in der Wirtschaft und an den Finanzmärkten zu spüren. Auf der einen Seite bewirkt der Klimawandel in bestimmten Regionen eine Verknappung von Nahrungsmittel- und Wasserressourcen und beeinflusst das Transportwesen sowie die Wirtschaft negativ. Andererseits kann der Klimawandel aber auch für die Öffnung neuer Handelsrouten wie beispielsweise der Nordostpassage sorgen. Darüber hinaus ist zu erwarten, dass der Klimawandel die inländische und grenzüberschreitende Migration steigern und damit auch die geopolitischen Spannungen verschärfen wird.

Klimawandel als «Vorwand» für Industriepolitik
Länder könnten versucht sein, den Klimawandel als Vorwand zu nutzen, um eine protektionistische Industriepolitik umzusetzen — zum Beispiel durch Handelsbarrieren, Subventionen und Zölle wie die von den USA und der EU erhobenen Zölle auf chinesische Elektrofahrzeuge. Dieser Ansatz könnte den ökologischen Wandel ausbremsen, da die Kosten steigen, während die Verfügbarkeit erschwinglicher «grüner Produkte» eingeschränkt wird. Im vergangenen Jahr führten fast 30 Prozent der industriepolitischen Massnahmen die Eindämmung des Klimawandels als Hauptgrund für die Umsetzung protektionistischer Massnahmen an, die primär von den hochentwickelten Volkswirtschaften genutzt wurden. Das wirft die Frage auf, ob diese Massnahmen wirklich einen positiven Wandel bewirken sollen oder ob sie lediglich als Deckmantel für Protektionismus dienen.

Wofür dürften unsere Steuergelder künftig ausgegeben werden?

Die zur Unterstützung von Klimamassnahmen vorgesehenen Haushaltsmittel sind scheinbar in Gefahr, weil sich die geopolitischen Prioritäten im Wandel befinden. Mittel könnten von Klimazielen umgeschichtet werden in Bereiche wie nationale Sicherheit und Verteidigung. Die EU ist ein Sonderfall, könnte sie doch beide Stossrichtungen miteinander vereinbaren. Schliesslich würde eine Verringerung der Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen gleichzeitig auch die geopolitische Anfälligkeit und Energieabhängigkeit der EU reduzieren.

Verschiebung des globalen Kräftegleichgewichts und das Aufkommen einer Multipolarität

Im Zuge des Übergangs von einer auf fossilen Brennstoffen basierenden Wirtschaft auf eine elektrifizierte Wirtschaft wird auch die Macht der Exportländer von fossilen Brennstoffen auf Länder übergehen, die reich sind an Ressourcen, die für den ökologischen Wandel erforderlich sind. Allerdings werden fossile Brennstoffe weiter wichtig bleiben, da sie derzeit immer noch für mehr als 80 Prozent des globalen Energieverbrauchs verantwortlich zeichnen. Neben dem Kampf zwischen den USA und China um die Vormachtstellung dürfte auch die Multipolarität zunehmen — besonders im Zuge knapperer Ressourcen. Rohstoffreiche Staaten könnten sich zwischen den Blöcken NATO-Westen und China-Russland-Osten positionieren und sich ihre Verhandlungsmacht sowie die «Suche nach Ressourcen» zunutze machen. Gleichzeitig könnten einige geopolitische Akteure Stellvertreterkriege unterstützen, um schlecht geführte, ressourcenreiche Länder zu destabilisieren und sich so einen Zugang zu deren Bodenschätzen zu verschaffen.

Worauf sollten Anlegerinnen und Anleger achten und was sollten sie tun?

Im aktuellen Umfeld sollten Investoren die Änderungen der politischen Landschaft aufmerksam verfolgen. Dazu zählen beispielsweise die jüngsten Wahlen in Indien und in der EU, die bevorstehenden Wahlen in den USA, sowie wie sich diese auf die Dynamik des ökologischen Wandels im Vergleich zu anderen politischen Prioritäten wie nationale Sicherheit und Grenzen oder die Industriepolitik auswirken. In dieser Übergangsperiode sollten Anlegerinnen und Anleger sowohl den anhaltenden Bedarf an fossilen Brennstoffen während der Energiewende als auch die langfristigen Vorteile von Investitionen in Sektoren, die über Jahrzehnte profitieren werden, im Auge behalten.

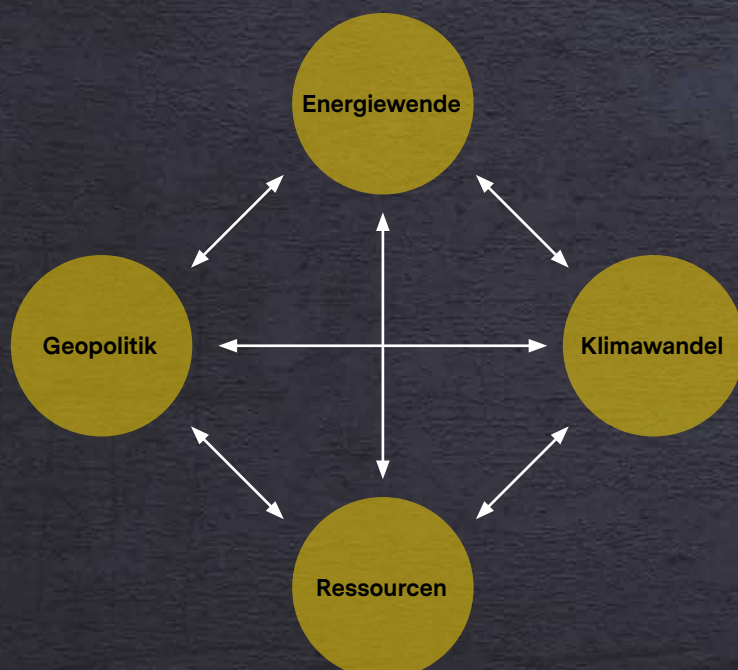
Einführung


Die Geopolitik wirkt sich auf das Leben und den Wohlstand von Millionen von Menschen aus und betrifft gleichzeitig auch die Wirtschaft und die Finanzmärkte. Besonders jetzt, da sich die Konflikte im Nahen Osten, in der Ukraine und in Taiwan verschärfen, sind geopolitische Themen in aller Munde (Tucker, 2024). Es mag so scheinen, als hätten andere Themen wie der Klimawandel und die Energiewende in der Politik an Bedeutung verloren. Allerdings bestehen Wechselwirkungen zwischen der Geopolitik und dem Klimawandel. Anlegerinnen und Anleger sollten diese Bereiche daher gemeinsam betrachten, um informierte Anlageentscheidungen zu treffen.

Wir sind der Ansicht, dass die Geopolitik und der Klimawandel miteinander verknüpft sind, weil die Ressourcen eine wichtige Rolle für das globale Beziehungsgefüge und die allgemeineren Trends zum ökologischen Wandel spielen (siehe Grafik 1).

In der Vergangenheit waren Ressourcen einer der häufigsten Auslöser für geopolitische Konflikte. Ressourcenreiche Länder mit einem beispiellosen Wirtschaftswachstum haben oft die Hauptrolle in der Geopolitik eingenommen (siehe z. B. Vontobel White Paper: Die Suche nach Ressourcen, 2023). Einerseits hat die Energiewende eine rasante Wirtschaftsentwicklung bewirkt, die unsere heutige Welt prägt. Der Übergang von Tier- und Muskelkraft zum Verbrennungsmotor während der Industriellen Revolution war in Verbindung mit dem Bevölkerungswachstum die Hauptursache für den Klimawandel. Andererseits belastet der Klimawandel die Wirtschaft durch Naturkatastrophen und die Ausgaben, die nötig sind, um vor klimabedingten Schäden zu schützen oder entsprechende Reparaturen auszuführen. Das hat also ebenfalls Auswirkungen auf die Geopolitik.

Grafik 1: Geopolitik und Klimawandel





«Ein Ring, sie zu knechten»: Ressourcen

Aus historischer Sicht waren Ressourcen häufig die Ursache für bedeutende lokale, regionale und globale Machtkämpfe. Der Zugang zu wertvollen Ressourcen wie Öl, Mineralien, Wasser und fruchtbares Land hat oft geopolitische Konflikte ausgelöst, denn die Kontrolle dieser Ressourcen kann eine regionale oder nationale Wirtschaft ankurbeln und ihren Einfluss erheblich steigern. Abgesehen von der direkten Kontrolle der Ressourcen haben auch allgemeinere wirtschaftliche Faktoren — darunter Handelswege, der Marktzugang oder eine wirtschaftliche Vormachtstellung — in vielen Konflikten eine wichtige Rolle gespielt. All diese Faktoren sind eng miteinander verwoben und die Verteilung von Ressourcen ist nach wie vor von grosser Bedeutung für die industrielle Entwicklung.

Zwei zentrale Ressourcen, Öl und Erdgas, haben die Geopolitik und das Klima, wie wir es heute verstehen, geprägt. Metalle von grosser Bedeutung wie Kupfer, Kobalt und Lithium könnten massgeblich sein für die Zukunft der Geopolitik und des Klimas (siehe z. B. Vontobel White Paper: Die Suche nach Ressourcen, 2023). Je länger die Welt auf Öl und Erdgas angewiesen ist, desto stärker wird die Position der OPEC-Länder und anderer Exportländer von fossilen Brennstoffen.

Andererseits, je schneller der ökologische Wandel verläuft, desto stärker wird die Nachfrage und das geopolitische Gewicht von Ländern wie China, Chile, Australien oder der Demokratischen Republik Kongo zunehmen. All diese Länder verfügen über Ressourcen, die für die Energiewende erforderlich sind (z. B. Kupfer, Kobalt, Lithium und andere Seltene Erden), und exportieren diese (Thompson, 2022).

Die Geopolitik trifft auf den Klimawandel

Die Beziehung zwischen der Geopolitik und dem Klimawandel lässt sich als symbiotisch beschreiben. Während die Geopolitik den Klimawandel beeinflusst, kann sich Letzterer durch Umweltfaktoren, die soziale Dynamik und politische Spannungen auch auf die Geopolitik auswirken. Der Klimawandel birgt für Länder und ihre Volkswirtschaften sowohl Risiken als auch Chancen.

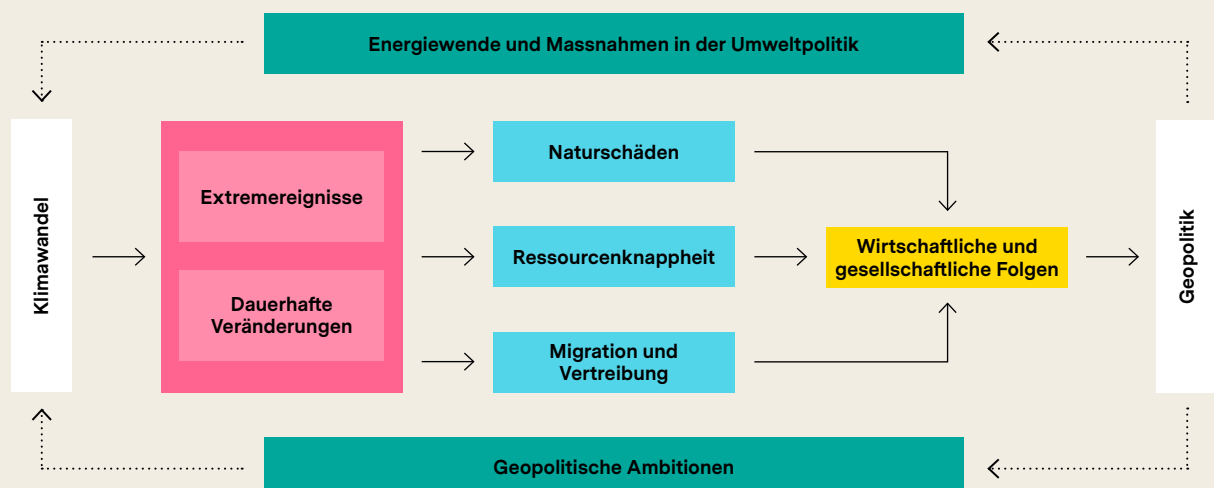
Generell können Klima-Risiken in zwei Gruppen eingeteilt werden: physikalische, natürliche Risiken (in direkter Verbindung zu den Klimaveränderungen) und Übergangs-Risiken (in Verbindung mit der Transition zu einer weniger fossil-getriebenen Wirtschaft, um den Klimaveränderungen entgegenzuwirken). Physikalisch, natürliche Risiken wiederum können in eine akute und eine chronische Kategorie eingeteilt werden. Akute Klimawandel-Risiken entstehen unmittelbar durch das Klima und Wetterereignisse wie Wirbelstürme, Starkregen mit Überflutungen sowie Hitzewellen mit Dürren. Die chronischen Risiken sind indes verbunden mit allmählichen Änderungen der Wettermuster wie zum Beispiel die Erderwärmung, steigende Meeresspiegel und das Abschmelzen von Inlandeis. Sowohl akute als auch chronische Risiken verursachen erhebliche natürliche und somit auch wirtschaftliche Schäden. Im Zuge des Klimawandels ist unser Planet häufigeren und schwereren Extremereignissen ausgesetzt, die sich immer schwieriger vorhersagen lassen und auf die man sich nur schwer vorbereiten kann (Swiss Re Institute: «Insurance in a world of climate extremes», 2019).

Mit der Eindämmung des Klimawandels sind jedoch Übergangsrisiken verbunden. Dies sind Risiken im Zusammenhang mit dem Übergang zu einer kohlenstoffarmen Wirtschaft und resultieren aus der Umsetzung der Klimapolitik.

Die Ausgaben zur Förderung der Energiewende können helfen, die Emissionen und den daraus resultierenden Klimawandel zu begrenzen, sowie die Auswirkungen von Naturkatastrophen auf bestimmte Regionen und die Gesellschaft zu reduzieren. Das ist allerdings mit Kosten verbunden. Doch es wird angenommen, dass diese kurzfristigen Ausgaben weitaus geringer sind, als die langfristigen Schäden durch den Klimawandel (Stern, 2006). Darüber hinaus stimmen die Zeithorizonte nicht miteinander überein: Auf kurze Sicht dürften die Ausgaben der öffentlichen Hand für langfristige Ziele den kurzfristigen politischen Anreizen mancher Länder entgegenstehen — besonders solcher, die geopolitischen Konflikten ausgesetzt sind.

Somit bleibt die Frage: Welche Bereiche sind am stärksten vom Klimawandel betroffen und wie ist der Klimawandel mit der Geopolitik verknüpft? Diese Frage lässt sich beantworten durch einen Blick auf die Auswirkungen des Klimawandels (siehe Grafik 2). Die Auswirkungen des Klimawandels lassen sich anhand ihres Zeithorizonts klassifizieren: Kurzfristige Auswirkungen werden durch Extremereignisse ausgelöst, während langfristige Auswirkungen geänderten Wettermustern zuzuschreiben sind. Das wiederum führt zu Naturschäden, Ressourcenknappheit, Migration und Vertreibung.

Grafik 2: Vom Klimawandel zu den Auswirkungen auf die Geopolitik



Naturschäden

Bestimmte Regionen wie beispielsweise tief liegende Küstengebiete, Trockenzonen und kleine Inselstaaten leiden überproportional stark unter dem Klimawandel. Die Intensivierung von schwerwiegenden Wetterereignissen, darunter Starkregen, hohe Temperaturen, Wirbelstürme, Flächenbrände sowie die Zerstörung von Infrastruktur und die daraus resultierenden Haushaltsausgaben führen in den Regionen, die solchen Ereignissen ausgesetzt sind, zu verstärkten Spannungen. Diese Regionen sind oft mit stärkeren geopolitischen Risiken konfrontiert, weil sie Klimakatastrophen ausgesetzt und entsprechend wirtschaftlich anfällig sind.

Die Georgetown Security Studies Review führt als Beispiel hierfür oft den Bürgerkrieg in Syrien an. Dieser sei den verstärkten sozialen Unruhen geschuldet, die dem staatlichen Missmanagement von Ressourcen nach der Dürre im Jahr 2006 folgten (Zack, 2019). Selbst Regionen, die zuvor keinen Auswirkungen von klimabedingten Extremwetterereignissen ausgesetzt waren, leiden nun unter diesen. Das jüngste Beispiel von Flutkatastrophen in nie dagewesenem Ausmass in der Region am Persischen Golf im Frühjahr 2024, verursacht durch einen verstärkten El-Niño-Effekt, könnte einige Länder dazu bewegen, den Klimawandel entschlossener zu bekämpfen. Und das wiederum könnte zu höheren öffentlichen und privaten Ausgaben führen, um Emissionen zu reduzieren und/oder Technologien zur Kohlendioxidabscheidung zu entwickeln.

Die Gefahr von Naturschäden wirkt sich zudem auf die Investitionen aus: Sogenannte Katastrophenanleihen «versichern» die Emittenten gegen unvorhersehbare Naturkatastrophen, da sie die Kosten der Schäden im Fall einer Katastrophe decken. Investoren erleiden also Verluste, wenn eine im Voraus definierte Katastrophe eintritt, oder erzielen hohe Renditen von bis zu 20 Prozent, falls es in einem festgelegten Zeitraum nicht zu der definierten Katastrophe kommt. Daher sind Katastrophenanleihen eine sehr riskante Investition. Allerdings bieten sie den Vorteil, in der Regel nicht mit anderen Entwicklungen an den Finanzmärkten zu korrelieren, was der Diversifikation von Pdas Portfolio der Investoren und Investorinnen.

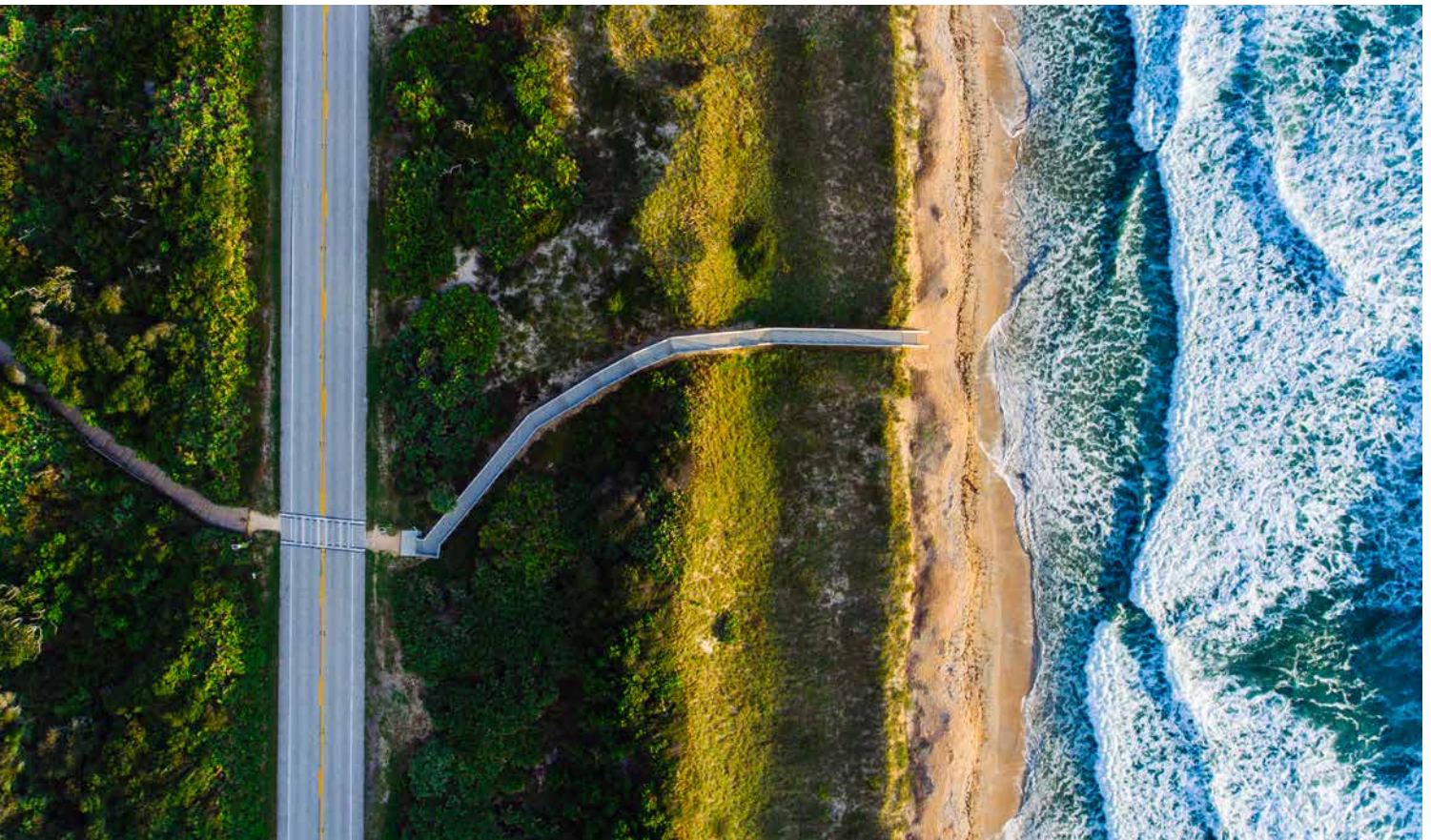


Knappheit von Ressourcen

Der Klimawandel kann die Knappheit von Ressourcen wie Wasser oder Ackerland verschärfen, was zu Wettbewerb und Konflikten über den Zugang zu diesen Ressourcen führen kann. Dieser Wettbewerb kann zu geopolitischen Spannungen eskalieren, besonders in Regionen, die für Instabilität anfällig sind.

Wir erwarten, dass die Ressourcenknappheit in den kommenden Jahrzehnten die Engpässe bei wichtigen Ressourcen noch verschärfen kann (siehe z. B. Vontobel White Paper: Die Suche nach Ressourcen, 2023). Dies ist besonders schlecht für die Weltwirtschaft zu einem Zeitpunkt, da der Welthandel unter geopolitischen Verwerfungen leidet: Engpässe nehmen zu und Preise steigen, was letztlich zu Disputen um diese Ressourcen führt. Der Nil verläuft beispielsweise von Uganda durch den Südsudan und den Sudan nach Ägypten. Aber der Fluss führt auch grosse Wassermengen, die aus einem in Äthiopien entspringenden Zufluss stammen. Nun, da sich der Klimawandel beschleunigt, kämpfen die regionalen Mächte mehr und mehr um das Wasser, aber auch um Lebensmittel und Energiesicherheit. Während Äthiopien mit dem Bau des Grand Ethiopia Renaissance Dam (GERD) fortfährt, bezichtigt Ägypten seinen Nachbarn, mit diesem Vorhaben die Region zu destabilisieren.

Auf der Weltbühne wird vermutlich neben dem Kampf der USA und China um die Vorherrschaft auch eine höhere Multipolarität zu beobachten sein. Diese Entwicklung wird in Verbindung mit der Ressourcenknappheit dazu führen, dass an Ressourcen reiche Schwellenländer sich zwischen den Blöcken NATO-Westen und China-Russland-Osten hin- und herbewegen werden. Die Suche nach Ressourcen wird vermutlich ausserdem zu einer Wiederbelebung von Stellvertreterkriegen führen. Hierbei werden Nationen mit einer schwachen Regierung und wichtigen Ressourcen, die von anderen Ländern ausgebeutet werden können, destabilisiert.



Energiebezogene Ressourcen sind natürlich besonders wichtig. Bemühungen zur Eindämmung des Klimawandels, wie der Übergang zu erneuerbaren Energien, können die traditionellen Energiemärkte und -allianzen stören. Der geopolitische Einfluss von Ländern, die reich an fossilen Brennstoffen sind, könnte zurückgehen. Auf der anderen Seite dürften Länder, die Rohstoffe und Mineralien abbauen oder raffinieren, die für Technologien im Zusammenhang mit erneuerbaren Energien wichtig sind, daraus strategische Vorteile ziehen.

Die Sorgen um Energiesicherheit sind im Zuge der geopolitischen Intensivierung seit 2022 eskaliert. Europa hat mehrere Massnahmen umgesetzt, um seine Abhängigkeit von Öl und Erdgas zu reduzieren. Darüber hinaus könnten zahlreiche EU-Verordnungen, die den Übergang zu einer kohlenstoffarmen Wirtschaft beschleunigen sollen, als Rückenwind für die Energiewende wirken. Der aktuelle Ausblick ist indes pessimistisch, da zahlreiche Faktoren für Reibung sorgen. Beispielsweise hat die EU neue Einfuhrzölle für Elektrofahrzeuge aus China vorgeschlagen, welche die eigenen Autohersteller vor dem Wettbewerb aus China schützen sollen. Das wäre allerdings ein Nachteil für die Konsumenten, denn sie werden wahrscheinlich höhere Preise für Elektrofahrzeuge zahlen müssen. Diese Massnahme dürfte die Elektrifizierung des Transportwesens in Europa daher eher bremsen.

Migration und Vertreibung

Durch den Klimawandel ausgelöste Ereignisse wie steigende Meeresspiegel, Extremwetter und Dürren können Migrationsbewegungen bewirken, da die Menschen in sicherere und bewohnbarere Gegenden streben.

Umfassende Migrationsströme können Ressourcen und Infrastrukturen in den Zielregionen dieser Migration belasten und somit zu sozialen Unruhen und potenziellen Konflikten führen. Auch wenn Migranten, die durch den Klimawandel vertrieben wurden, in- und ausserhalb ihrer Länder nach einem neuen Zuhause suchen können, dürfte der Grossteil der Migration im eigenen Land verbleiben. Diese interne Migration kann ebenfalls soziale Unruhen und politischen Spannungen bewirken, die auf Nachbarländer übergreifen.

Eine aktuelle Studie des IWF zeigt, dass die sozialen Unruhen in einem Land wahrscheinlich auf benachbarte Länder übergreifen (Redl, C., & Hlatshwayo, S. 2021). Dem International Displacement Monitoring Center zufolge wurden durch klimawandelbedingte Wetterereignisse im Jahr 2022 fast 32 Millionen Menschen vertrieben (Ionesco, 2019). Migration verstärkt zudem die Ungleichheit, weil arme Menschen häufig nicht über die Ressourcen für eine Migration über weite Strecken verfügen.

Zu den Regionen, die von einer durch den Klimawandel bedingten Migration betroffen sind, zählen Südasien (Indien und Pakistan sind von Überflutungen und Dürren bedroht, die Malediven sind anfällig für steigende Meeresspiegel), Mittelamerika und sogar Nordamerika (in den USA sind vor allem Kalifornien, Florida und Louisiana von Flächenbränden, Wirbelstürmen und einem Anstieg des Meeresspiegels bedroht).

Obschon die Auswirkungen der klimabedingten Migration erheblich sind, dürften sie unserer Ansicht nach eher langfristig sein. Falls zu einem bestimmten Zeitpunkt eine massivere internationale Migrationsbewegung durch den Klimawandel ausgelöst würde, hätte dies enorme Auswirkungen auf Entwicklungsländer und könnte in den Industrienationen zu gesellschaftlicher und politischer Instabilität führen.

Jüngste Beispiele für solche Auswirkungen sind die Flüchtlingskrisen, die in Europa durch den Syrien-Krieg und zuletzt auch den Konflikt zwischen Russland und der Ukraine ausgelöst wurden, aber auch die Migration von Süd- nach Nordamerika. Das wiederum kann zu Änderungen der politischen Haltungen und Parteien führen, sich aber auch in der Übergangspolitik niederschlagen, welche die Wirtschaft prägt. Letztlich betreffen die Folgen also die Zukunft des Klimawandels. Dabei ist zu bedenken, dass schon ein kleiner Prozentsatz von grenzüberschreitenden Flüchtlingen bereits zu politischen Spannungen führen kann. Das war zum Beispiel an der Ankunft der syrischen Flüchtlinge in Deutschland zu erkennen.

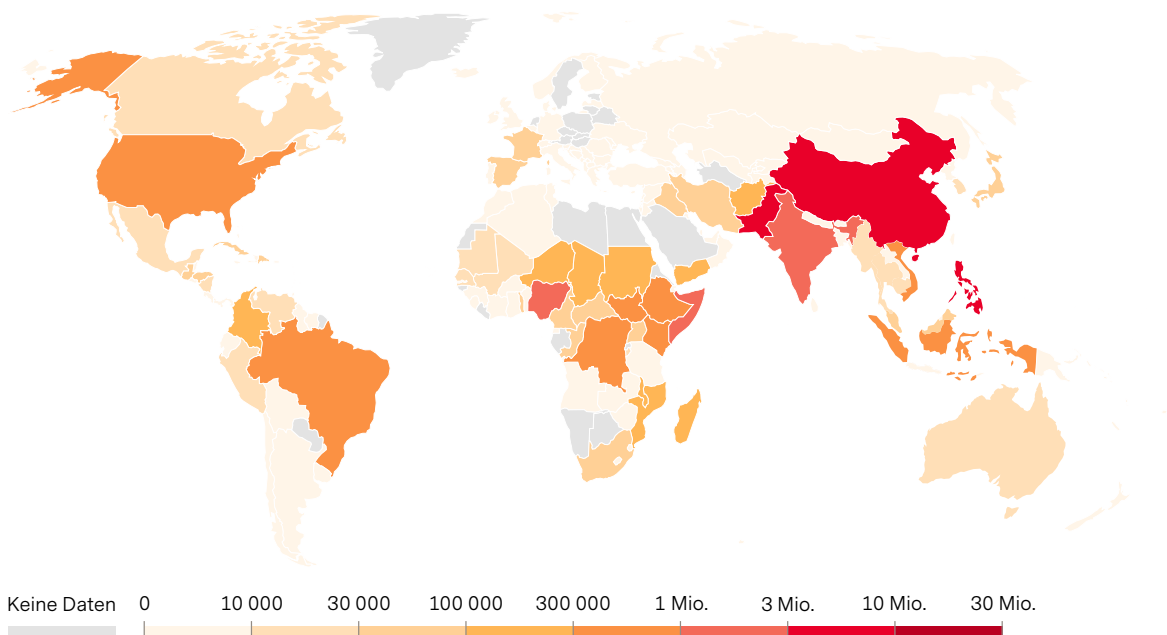
Internationale Flüchtlingsströme werden in den allgemeinen Medien- und Politikdebatten in der Schweiz, in Europa, in den USA und andernorts also zu einem immer wichtigeren sozioökonomischen Thema. Das gilt besonders angesichts der Auswirkungen auf die Migranten selber, das von ihnen zurückgelassene Land sowie das Land, in das sie flüchten.

Da die Auswirkungen des Klimawandels zunehmen, dürften die Folgen der klimabedingten Flüchtlingsströme im Laufe der Zeit ebenfalls immer schwerwiegender werden. Dem Institute for Economics and Peace zufolge könnten bis zum Jahr 2050 insgesamt 1,2 Milliarden Menschen durch den Klimawandel und Naturkatastrophen vertrieben werden. Hiervon sind die ärmeren Länder überproportional betroffen. Diese Länder haben jedoch bereits Schwierigkeiten und verfügen nicht über die Mittel für Massnahmen zur Anpassung an den Klimawandel.

Konflikte verstärken die Migration zusätzlich. Gemäss UN-Flüchtlingshilfswerk entfielen im Jahr 2020 mehr als 90 Prozent der Vertreibungen auf Länder, die durch den Klimawandel bedroht sind. Das Problem wird zwar nicht hauptsächlich durch den Klimawandel ausgelöst, aber durch diesen verstärkt.

Grafik 3: Im Jahr 2022 flüchteten viele Menschen vor Naturkatastrophen

Als im Inland vertriebene Menschen gelten Menschen oder Menschengruppen, die infolge natürlicher oder menschengemachter Katastrophen gezwungen oder verpflichtet waren, ihr Zuhause oder ihren üblichen Lebensraum zu verlassen, und die dabei keine Landesgrenze überschritten haben.



Quelle: Weltbank 2024, University of Oxford, Vontobel.

Wirtschaftliche und gesellschaftliche Auswirkungen des Klimawandels

Naturschäden, Ressourcenknappheit, Migration und Vertreibung haben alle erhebliche Auswirkungen auf die Wirtschaft und die Gesellschaft. Diese Auswirkungen lassen sich als direktes Ergebnis klimabedingter Ereignisse beschreiben sowie als indirekte Folgen, wobei die beiden Varianten unterschiedliche wirtschaftliche Konsequenzen haben.

Direkte Auswirkungen des Klimawandels

Klimabedingte Ereignisse wie Naturkatastrophen und Extremwetter können erhebliche Auswirkungen auf die Wirtschaft haben. Beispielsweise störten die Folgen des El Niño in den Jahren 2023/24 die globalen Kakao-Lieferketten und schlugen sich in einer knappen Verdoppelung der Schokoladenpreise nieder. Überflutungen wie das bereits erwähnte Ereignis in der Region des Persischen Golfs, können die Infrastruktur schädigen und die allgemeine wirtschaftliche Produktivität beeinträchtigen. Wirbelstürme sind ein weiteres Beispiel für Extremwetter, die durch den Klimawandel verschlimmert werden — mit drastischen Konsequenzen für die Existenzgrundlage, Infrastruktur und Wirtschaft der betroffenen Regionen. Zum Beispiel verursachte der kostspieligste Wirbelsturm der US-Geschichte, Katrina, im Jahr 2005 weitreichende Zerstörungen entlang der Golfküste, vor allem in New Orleans. Die Gesamtschäden wurden auf rund USD 125 Milliarden beziffert (Knabb u.a., 2005).

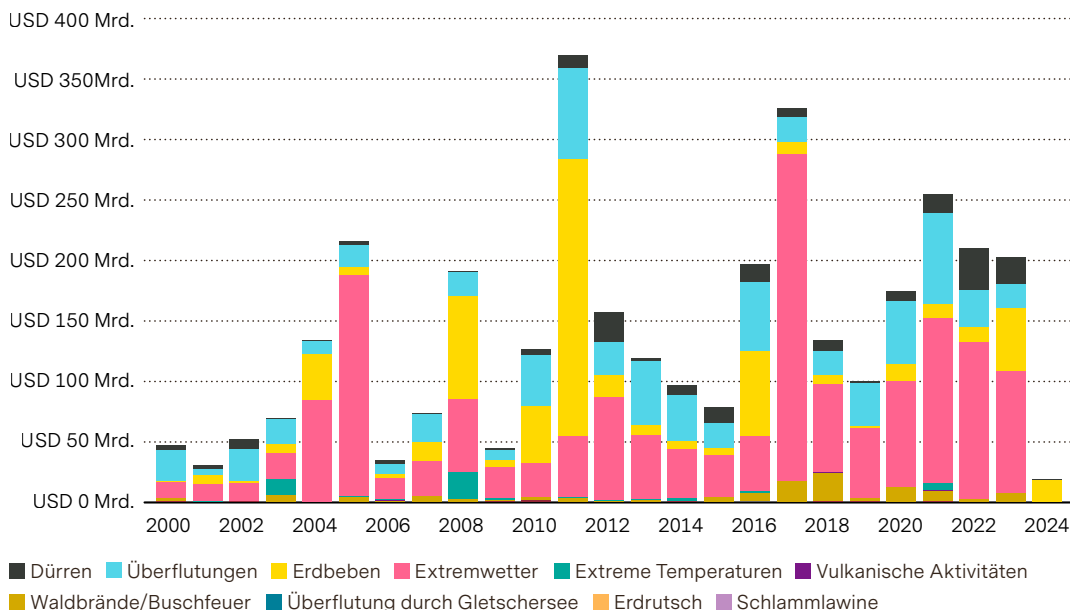
Die australischen Flächenbrände der Jahre 2019/20 sind ein weiteres Beispiel für ein Extremwetterereignis mit enormen Kosten. Die beispiellosen Buschfeuer überzogen Australien und verbrannten dabei Millionen Hektar Ackerland, zerstörten unzählige Häuser und die Tierwelt. Die wirtschaftlichen Kosten der Brände wurden auf rund USD 1,4 Milliarden geschätzt und machten das Ereignis somit zu einer der teuersten Naturkatastrophen in der Geschichte Australiens.

In der jüngeren Geschichte ist das Hochwasser in Europa aus dem Jahr 2021 zu nennen, das enorme Schäden in Europa verursachte. Heftige Regenfälle und Überflutungen erfassten Teile Westeuropas, besonders Deutschland, Belgien und die Niederlande waren betroffen. Die Flutkatastrophe verursachte erhebliche Schäden an der Infrastruktur, an Häusern und Geschäften, wobei die Gesamtkosten auf zweistellige Milliardenbeträge geschätzt werden.

Insgesamt werden die Schäden durch Naturkatastrophen im Jahr 2023 allein auf USD 380 Milliarden geschätzt, wovon nur USD 118 Milliarden versichert waren (AON, «Climate Catastrophe Insight», 2024). Diese unmittelbaren wirtschaftlichen Schocks können durch vorhandene geopolitische Spannungen noch verschärft werden und zu einer politischen Instabilität beitragen. Unter dem Strich haben Klimakatastrophen im letzten Jahrzehnt direkte Schäden in Höhe von USD 1,3 Billionen bzw. 0,2 Prozent des globalen BIP pro Jahr verursacht.

Grafik 4: Naturkatastrophen haben in den letzten Jahren hohe wirtschaftliche Schäden verursacht

Globale wirtschaftliche Schäden durch Naturkatastrophen, unterteilt nach Katastrophenkategorien und gemessen in USD



Quelle: Ritchie & Rosado (2022) mit Daten aus EM-DAT/CRED University of Louvain, Vontobel.



Indirekte wirtschaftliche Folgen des Klimawandels

Neben den direkten Auswirkungen des Klimawandels sind auch dessen indirekte Folgen für die Wirtschaft — einschliesslich betroffener Transportwege für Rohstoffe und Güter — zu berücksichtigen.

Die Weltwirtschaft ist in besonderem Masse auf Lieferketten angewiesen, um die für die Produktion von Gütern und Dienstleistungen erforderlichen Ressourcen zu transportieren und letztlich den Lebensstandard der Bevölkerung nicht nur zu wahren, sondern auch zu verbessern. Diese Transportwege und die Länder, welche diese besitzen oder verwalten, sind ein wichtiger Aspekt im globalen Machtgefüge unserer Zeit. Jegliche Änderung dieser Transportrouten kann gleichzeitig auch das Kräftegleichgewicht verschieben.

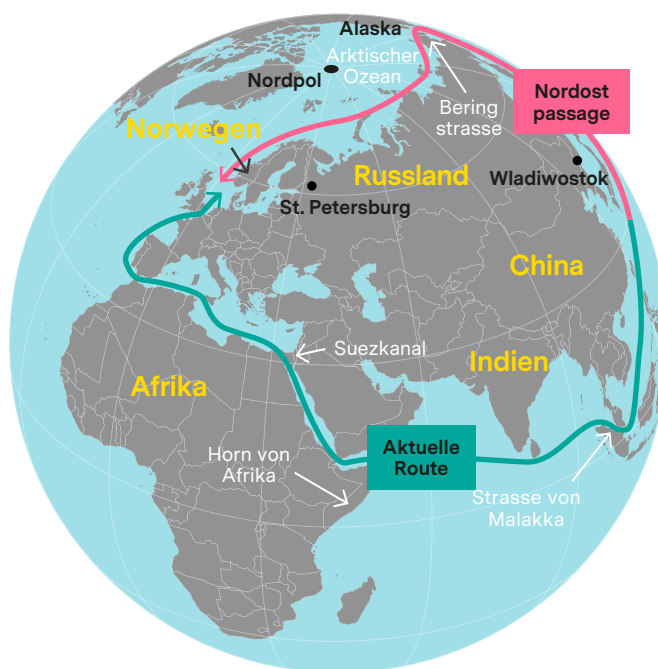
Negative Folgen des Klimawandels umfassen zudem langfristige Störungen der Wirtschaftsaktivitäten und des Handels. Beispielsweise kann weniger Wasser in bestimmten Regionen der Welt — wie dem Panamakanal oder dem Rhein — die Transportwege behindern.

Andererseits könnten wärmere Temperaturen in bestimmten Regionen positiv zur Wirtschaft beitragen — beispielsweise durch kürzere Transportwege. Ein gutes Argument hierfür ist die Nordostpassage. Diese halbiert die Verbindung von Asien nach Europa im Vergleich zur traditionellen Handelsroute durch den Indischen und den Atlantischen Ozean. Gleichzeitig eröffnet sie weitere Transportmöglichkeiten (siehe Grafik 5). Da sich die Arktis viermal schneller erwärmt als der globale Durchschnitt, prognostizieren wissenschaftliche Studien (Rantanen u.a., 2022), dass sie im Sommer 2040 eisfrei sein wird.

Die Nutzung dieser Route hat indes direkte geopolitische Auswirkungen: Die Schiffe benötigen eine Genehmigung der russischen Behörden, um die Nordostpassage zu nutzen und das könnte zu Nutzungsbeschränkungen für westliche Schiffe führen.

All diese Folgen des Klimawandels werden sich auf das Ressourcengleichgewicht der Länder und somit auch auf das geopolitische Machtgefüge auswirken. Hierbei ist die Energiewende besonders wichtig, da sie vermutlich das aktuelle Anreizsystem im Zusammenhang mit dem Handel fossiler Brennstoffe stören wird.

Grafik 5: Die positive Seite höherer Temperaturen: Enteisung der Nordostpassage



Quelle: The Economist 2024.

Die Energiewende und die Eindämmung des Klimawandels

Es bedarf einer globalen Kooperation, um den Klimawandel und dessen Auswirkungen effektiv einzudämmen. Allerdings können geopolitische Rivalität und gegenläufige Interessen einzelner Nationen die Anstrengungen einer Zusammenarbeit erschweren sowie zu diplomatischen Spannungen und blockierten Klimaverhandlungen führen. Dies war an mehreren Konferenzen der Vertragsparteien (COP) zu beobachten, als die Gleichheit und Fairness im Zusammenhang mit den Abkommen zum Klimawandel infrage gestellt wurden.

Auf der anderen Seite kann der Klimawandel allerdings auch als positiver Katalysator wirken, der die Kooperation vorantreibt, wenn Länder die gemeinsame Bedrohung und den kollektiven Handlungsbedarf erkennen. Das war an den globalen COP-Konferenzen des letzten Jahrzehnts der Fall. Im Dezember 2023 erfolgte an der COP28 eine «globale Bestandsaufnahme» der weltweiten Bemühungen zur Eindämmung des Klimawandels.

Die im laufenden Jahr umgesetzten Massnahmen werden zeigen, wie ernst die einzelnen Länder ihre Klimaversprechen tatsächlich nehmen. Die Frist für das Ergreifen von Massnahmen liegt in nicht allzu weiter Ferne, gilt 2030 doch als Wendepunkt für die Reduzierung von Emissionen. Bis dahin müssen wesentliche Schritte ergriffen werden, um das Problem des Klimawandels anzugehen. Unserer Ansicht nach liegt die Zukunft des Übereinkommens von Paris in den Händen von Europa, den USA, China, Indien und Russland. Dabei wird es für die Klimastrategie wichtig sein, die geopolitischen Pläne dieser Länder nachzuvollziehen. Leider begründet der Konflikt in der Ukraine ein Dilemma für die EU: Die Europäer müssen entscheiden, wie sie ihre Energieabhängigkeit von Russland reduzieren, ohne sich dabei stärker von China abhängig zu machen (aufgrund der für den ökologischen Wandel erforderlichen Ressourcen).

Die USA sind mit ähnlichen Fragen konfrontiert, sofern sie den Einfluss Chinas einschränken wollen. Sie unterstützen die Ukraine militärisch und haben gemeinsam mit der EU die russischen Öl- und Gasimporte mit Sanktionen belegt. Das drückt aber den Preis, den andere wichtige geopolitische Akteure wie China und Indien für den Import fossiler Brennstoffe aus Russland zahlen müssen.

Klimapolitische Massnahmen in einzelnen Ländern

Schaut man sich die Klimapolitik der wichtigsten Akteure an, wird offensichtlich, dass sie Anreizprogramme und Regelungen einführen, um das Problem des Klimawandels anzugehen. Das deutlichste Beispiel ist die EU mit ihrem «Grünen Deal» — die Strategie, mit der die EU bis 2050 klimaneutral werden möchte. Dazu zählen das Klimaschutzpaket «Fit for 55», das Europäische Klimagesetz, die Strategie «Vom Hof auf den Tisch» sowie «Just Transition» (Mobilisierung von EUR 55 Mrd. über den Zeitraum 2021 bis 2027 für Kommunen und Unternehmen der Mitgliedsstaaten oder Regionen, die den Übergang angehen, Europäischer Rat 2024).

Die USA hat auf diesem Gebiet mit ihrem «Inflation Reduction Act» (IRA) ebenfalls enorme Fortschritte gemacht. Das Gesetz spricht die Bereiche Energie, Transport, Gebäude, Industrie, Boden und Landwirtschaft an. Insbesondere zeigt die Klimastrategie von US-Präsident Joe Biden die ungebrochene Unterstützung des Weissen Hauses für Elektrofahrzeuge (EVs) und Investitionen in Sektoren der umweltfreundlichen Energien wie die Herstellung von Windturbinen, Solarpanelen, Batterien und Elektrofahrzeugen. Gleichzeitig sollen damit neue Stellen geschaffen werden. Der IRA sollte die Defizite der Haushaltsjahre 2023 bis 2031 um insgesamt USD 276 Milliarden reduzieren. Das entspricht 0,1 Prozent der Schätzung des Congressional Budget Office für das kumulierte nominale BIP über denselben Zeitraum (Congressional Budget Office, Joint Committee on Taxation 2023).

Auch China hat mehrere Massnahmen für die Energiewende verabschiedet, die erhebliche Auswirkungen im Kampf gegen den Klimawandel haben könnten. Schliesslich ist das Reich der Mitte der grösste Emittent von Treibhausgasen und die Hauptquelle für den Emissionsanstieg der letzten zwei Jahrzehnte. Allerdings bleibt der Emissionsausblick für China ungewiss. Einerseits werden Chinas Emissionen im Jahr 2024 um mindestens vier Prozent steigen. Andererseits rückt der Emissionshöhepunkt näher, da ein Rekordvolumen umweltfreundlicher Energiequellen hinzugefügt wurde.

Der Einsatz sauberer Energiequellen von China hat 2023 das Niveau erreicht, das in den 1,5°C-Szenarien prognostiziert wird. Hält China das Wachstum der Produktionskapazitäten für umweltfreundliche Energien auf dem Niveau von 2023 oder steigert das Land sogar noch das Tempo, dann wird China den Emissionshöhepunkt erreichen und die CO₂-Emissionen in den kommenden Jahren senken.

Um einen raschen Rückgang der Emissionen zu erreichen, muss China indes auch seine Anstrengungen zur Verbesserung der Energieeffizienz intensivieren und das Wachstumsmodell der Volkswirtschaft erfolgreich transformieren.

Weitere wichtige Akteure befinden sich im Nahen Osten und in Nordafrika. Dem IWF zufolge sind jährliche Investitionen in Höhe von vier Prozent des BIP erforderlich, um die Klimaresilienz erfolgreich zu verbessern und in diesen Regionen die Ziele für die Emissionsreduzierung bis 2030 zu erreichen. Mehrere Länder im Nahen Osten und in Nordafrika ergreifen bereits Massnahmen, um die verheerenden Auswirkungen des Klimawandels abzuschwächen. Beispielsweise haben Marokko, Jordanien und Tunesien ihr Wassermanagement verbessert, was ihre Resilienz während längerer Dürrephasen verbessert.

Auch das Vereinigte Königreich visiert höhere Klimaziele an. Das lässt sich am Climate Change Act, der britischen Strategie für Energiesicherheit, der Strategie zur Dekarbonisierung der Industrie und dem Energiegesetz ablesen. All diese Massnahmen streben ein Energiesystem an, das auf lange Sicht umweltfreundlicher, erschwinglicher und sicherer ist.

Geopolitische Ambitionen könnten Klimaschutzanstrengungen negativ beeinflussen

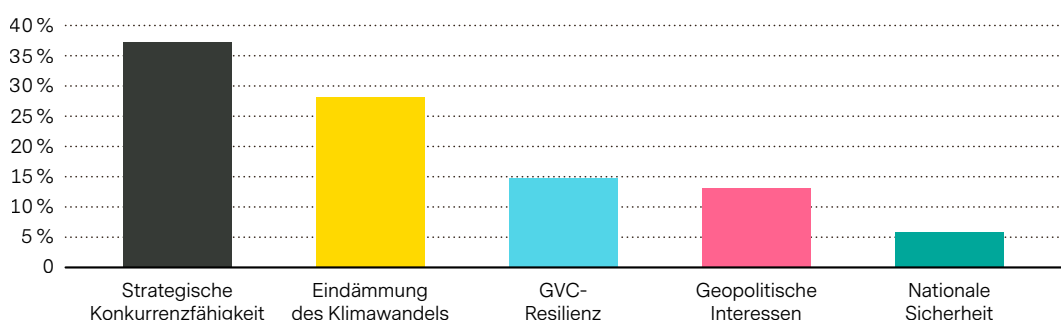
Obwohl die Klimainitiativen verschiedener Länder eine wichtige Rolle für die Eindämmung von Treibhausgasemissionen und den Kampf gegen den Klimawandel spielen, ist auch zu berücksichtigen, wie diese Selbstverpflichtungen und Regelungen durch die Geopolitik beeinflusst werden. Natürlich verstärken die jüngsten geopolitischen Eskalationen den finanziellen Zielkonflikt zwischen höheren Ausgaben für die Verteidigung und das Militär auf der einen oder für Klimaschutzmassnahmen auf der anderen Seite. Der Konflikt zwischen Russland und der Ukraine

sowie die finanzielle Unterstützung der Ukraine durch die EU und die USA ist ein Beispiel hierfür. Das für Kriege ausgegebene Geld könnte auch zur Finanzierung des ökologischen Wandels und zur Bekämpfung des Klimawandels eingesetzt werden. Dabei unterliegen nicht alle Länder den gleichen finanziellen Einschränkungen. Manche könnten auch die Gesamtausgaben erhöhen, um sowohl höhere Verteidigungsausgaben als auch höhere Ausgaben für den ökologischen Wandel zu finanzieren. Diese Variante ist in der Regel aber mit höheren Kosten durch die Zinszahlungen sowie mit intensiven politischen Verhandlungen verbunden.

Zu guter Letzt nutzen einige Länder ihre Klimainitiativen auch als Argument für die Einführung von Handelsbarrieren und Zöllen gegenüber anderen Ländern. Sie versuchen auf diesem Wege, die Unternehmen eines bestimmten Sektors vor der Konkurrenz aus dem Ausland zu schützen. Die Länder schützen ihre inländischen Unternehmen auch durch Subventionen oder andere industriepolitische Massnahmen und verschleiern diese durch Klimaschutzargumente. Das scheint der Fall zu sein bei mehreren neuen Massnahmen der EU und der USA, die inländische Unternehmen subventionieren und chinesische Elektrofahrzeuge mit höheren Einfuhrzöllen belegen, um ihre eigene Wettbewerbsfähigkeit in diesem Markt zu verbessern und die Konkurrenz aus China abzuwehren.

Ein aktueller IWF-Bericht schätzt, dass fast 30 Prozent aller Interventionen im Jahr 2023 den Klimawandel als wichtigsten Grund (neben weiteren Gründen) anführen. Dabei zeichnen die hochentwickelten Volkswirtschaften für die überwiegende Mehrheit dieser Fälle verantwortlich (siehe Grafik 6). Fortgeschrittene Volkswirtschaften versuchen vor allem, Subventionen für ihre heimischen Industrien unter dem Stichwort Klimaschutz zu legitimieren. Während Schwellenländer neben Subventionen viel eher auf direkte Barrieren für Importe konkurrierender Produkte aus dem Ausland zurückgreifen. (Evenett u.a., 2024).

Grafik 6: «Klimaschutz» oft als Grund für wettbewerbsverzerrende Industriepolitik angeführt



Anmerkung: «GVC-Resilienz» steht für Resilienz globaler Wertschöpfungsketten. Kumulierter Bestand an Massnahmen. Bei Massnahmen mit mehreren Begründungen, erhält jede Begründung die gleiche Gewichtung. Quelle: Evenett u.a., 2024 (IWF Arbeitspapier), Vontobel.

Alles zusammenbringen

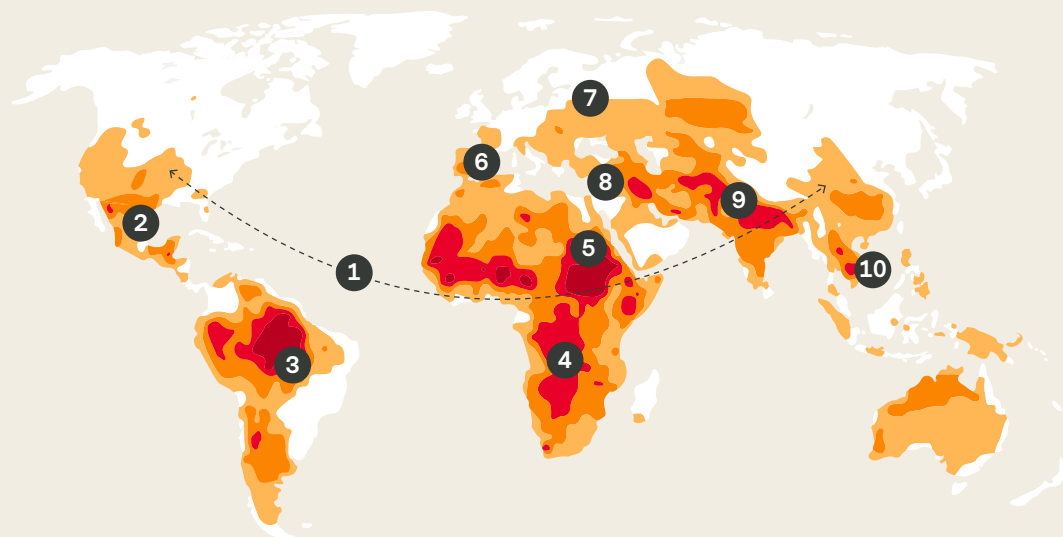
Um sämtliche Aspekte mit Blick auf den Klimawandel und die Geopolitik zusammenzuführen, könnte der Blick auf eine Übersichtskarte hilfreich sein (siehe Grafik 7).

Einerseits sind darauf die Regionen zu sehen, die am stärksten unter einem deutlichen Anstieg der globalen Durchschnittstemperatur und den Extremereignissen leiden würden, die durch einen langfristigen Temperaturanstieg ausgelöst würden — wie im extremen Szenario eines Anstiegs um 4°C gegenüber dem vorindustriellen Niveau (1850 bis 1900, siehe UK Met Office, 2024).

Andererseits sind auch die aktuellen geopolitischen Brennpunkte abgebildet. Die Übersicht verdeutlicht die Verbindung zwischen Brennpunkten des Klimawandels und der Geopolitik. Gleichzeitig werden potenzielle künftige Probleme in Regionen mit einer hohen Anfälligkeit für den Klimawandel identifiziert.

Grafik 7: Wenn der Klimawandel auf geopolitische Brennpunkte trifft

Anzahl der stark negativen Effekte der prognostizierten Klimaveränderungen. Diese Effekte schliessen extremen Hitze-Stress, Fluten, Dürren und Feuerausbrüche sowie Nahrungsmittelknappheit ein.



Anzahl der schwerwiegenden Auswirkungen des prognostizierten Klimawandels.



Quelle: UK Met Office 2024 und Vontobel.

1. Machtrivalität zwischen den USA und China (Pfeil)
2. Migration in die USA aus Latam (Mexiko)
3. Lateinamerika (Latam): Erhöhte inner- und zwischenstaatliche Migration aufgrund von extremen Wetterereignissen
4. Afrika: Hohe politische Instabilität in einigen ressourcenreichen Ländern
5. Nordostafrika: Politische Instabilität in mehreren Ländern und Kämpfe um den Zugang zu Ressourcen (Konflikte um Wasser)
6. Migration von Nordafrika nach Europa
7. Konflikt in der Ukraine — Streit europäischer NATO-Länder mit Russland & Einwanderung im Osten der EU
8. Konfliktzone im Nahen Osten und Auswirkungen auf Seefahrt (Strasse von Hormus, Suezkanal)
9. Konfliktzonen in Zentral- und Südasiens (insbesondere Machtkämpfe zwischen Indien, Pakistan und China)
10. Konfliktzonen in Südostasien und Seestreitigkeiten um Wasserwege, Inseln und Rohstoffvorkommen in südchinesischem Meeresgebiet

Wir möchten mehrere Punkte hervorheben: Die Karte zeigt beispielsweise, dass der Klimawandel auch die Rivalität zwischen den USA und China beeinflussen wird, da beide Länder in erheblichem Masse von Naturkatastrophen betroffen sein werden. Das zehrt in beiden Ländern indes Ressourcen auf, die sie andernfalls zur Förderung ihrer geopolitischen Ambitionen ausgeben würden. Auch die anhaltenden Zuwanderungsströme aus Lateinamerika in die USA könnten durch den Klimawandel in Lateinamerika während der kommenden Jahrzehnte noch verstärkt werden.

Für Europa gilt, dass der erwartete Klimawandel in Afrika vermutlich zu einer verstärkten Migration über das Mittelmeer führen wird. Migration, Hitze, Dürren, Überflutungen und die daraus resultierende Ressourcen-knappheit werden nicht nur die Konflikte zwischen afrikanischen Staaten verschärfen, sondern auch innerhalb der jeweiligen eigenen Grenzen.

Darüber hinaus könnten rohstoffreiche aber politisch instabile Staaten zum Schauplatz von Stellvertreterkriegen werden. Geopolitisch mächtige Länder würden diese Kriege führen, um ihren Zugang zu bestimmten Ressourcen zu sichern — insbesondere zu solchen, die für den ökologischen Wandel gebraucht werden. Mehrere dieser Zielländer befinden sich in Afrika, aber auch in Lateinamerika.

Die Konfliktzonen des Nahen Ostens befinden sich in einer Region, die anfällig ist für negative Auswirkungen des Klimawandels. Das könnte zu weiteren Disputen über Ackerland, Wasser und den Zugang zu weiteren Ressourcen führen.

Zu guter Letzt werden die negativen Auswirkungen des Klimawandels, die für Süd-, Zentral- und Ostasien prognostiziert werden, zu den geopolitischen Rivalitäten beitragen, die in diesen Regionen bereits bestehen. Eine Verstärkung extremer Wetterbedingungen in Zentralasien wird vermutlich eine weitere Migration in den Norden auslösen. Gleichzeitig dürften negative Wetterauswirkungen in Südasien eine Region betreffen, in der Indien und Pakistan bereits seit Jahrzehnten eine regionale Rivalität pflegen, wobei sich Indien zudem in einem laufenden Konflikt mit China befindet.

Das Südchinesische Meer ist ebenfalls eine geopolitisch wichtige Region, in der mehrere Länder unter erheblichen Kosten leiden werden, die aus klimabedingten Naturschäden resultieren.

Interessanterweise wurden in vielen dieser Brennpunkte des Klimawandels und der Geopolitik 2024 mehrere bedeutende Wahlen abgehalten, wie wir im nächsten Abschnitt sehen werden.



Welche Auswirkungen könnte dies für Anleger haben, und warum sind diese Ereignisse wichtig?

1

US-Wahlen im November 2024

Da Donald Trump und die Republikanische Partei die Wahl gewonnen haben, werden die USA unter der neuen US-Regierung höchstwahrscheinlich aus dem Pariser Abkommen aussteigen nachdem Trump diesen Schritt bereits nach seiner Amtseinführung im Jahr 2017 angedroht hat.

Wahrscheinlich wird die Regierung Trump auch versuchen, den Inflation Reduction Act (IRA) seines Vorgängers Biden zurückzunehmen. Allerdings dürften sich die Abgeordneten aus US-Bundesstaaten, die von den Republikanern regiert werden und zurzeit erheblich von diesem Gesetz profitieren, massiv dagegen wehren.

Unter einem Präsidenten Donald Trump dürfte das IRA in seiner aktuellen Form behindert werden und insbesondere dürften weniger Ausgaben auf «grüne» Bereiche entfallen. Stattdessen würde eine höhere Öl- und Gasförderung in den USA erlaubt werden, wodurch es für die Energiewende schwierig würde, weiter Fahrt aufzunehmen.

2

Brennpunkte: Europa, Russland-Ukraine, Naher Osten, Taiwan und China

Wir erwarten einen Fokus auf die weitere Entwicklung im Konflikt zwischen Russland und der Ukraine, weil dies die Entscheidung der EU beeinflussen wird, wie viel sie für Militärhilfen und Verteidigung ausgeben wird und wie viel sie für Klimainitiativen ausgeben kann.

Das jüngste Ergebnis der EU-Parlamentswahlen verdeutlichte, dass der aktuelle politische Trend in Europa dahin geht, die Themen nationale Sicherheit, Einwanderung und Geopolitik stärker in den Vordergrund zu stellen als Massnahmen zum Klimaschutz. Ausserdem könnten die Spannungen zwischen Taiwan und China in Verbindung mit der Reaktion der USA den Fokus auf mehrere Jahre vollständig vom Klimawandel ablenken und stattdessen die nationale Sicherheit ins Zentrum rücken.

Obwohl wir nicht damit rechnen, dass sich ein solches Szenario in den nächsten paar Jahren bewahrheiten wird, sollte dies von Anlegerinnen und Anlegern dennoch berücksichtigt werden.

3

Die politische Position der EU gegenüber China

China ist ein wichtiger Hersteller vieler Metalle und Mineralien (besonders Seltene Erden), die für den ökologischen Wandel benötigt werden. Daher ist der ökologische Wandel der EU sowie ihr Streben nach einer Unabhängigkeit von russischer Energie gleichzeitig auch ein Balanceakt mit China.

Es bleibt abzuwarten, wie die starken Ergebnisse der national-konservativen Parteien in ganz Europa die politische Haltung der EU gegenüber China beeinflussen werden. Die jüngsten Ankündigungen der EU, die Importzölle für Elektrofahrzeuge anzuheben, signalisieren eine stärker protektionistisch geprägte Handelspolitik der EU gegenüber China. Auf der anderen Seite meldete China gerade, die Exporte Seltener Erden zu regulieren (Woo und Holmes, 2024).

Diese Politik dürfte indes den ökologischen Wandel verteuern, denn günstige Importe könnten die Zielländer nicht mehr erreichen. Andererseits könnte die Öffentlichkeit im Inland aber geneigt sein, höhere Staatsausgaben für den ökologischen Wandel zu akzeptieren.

4

Die Klimaziele Chinas

Anlegerinnen und Anleger sollten aufmerksam verfolgen, ob China seine Prioritäten in Bezug auf seine Klimaziele und die angestrebten Verteidigungsausgaben im Zusammenhang mit den geopolitischen Ambitionen ändert. Jegliche Verschärfung eines möglichen Konflikts mit den USA, Australien und deren Verbündeten im Südchinesischen Meer oder mit Taiwan könnte Peking davon ablenken, Geld für Klimaschutzinitiativen auszugeben und würde stattdessen zu höheren Verteidigungsausgaben aller Beteiligten führen.

Ausserdem würde jede Abkehr Chinas vom aktuellen Modell einer exportorientierten Wirtschaft mit hohen öffentlichen Investitionen hin zu einem auf den Binnenkonsum fokussierten Modell mit erhöhten Exportzöllen den globalen Zugang zu günstigen Elementen verringern, die für den ökologischen Wandel benötigt werden. Darunter fallen Solarpaneele, Batterien sowie bestimmte Metalle und Mineralien.

5

Parlamentswahlen in Indien

Das Ergebnis der indischen Parlamentswahlen in diesem Jahr bewirkte keine wesentliche Änderung der Regierung. Indien zählt zu einer der Regionen der Welt, die am stärksten von klimabezogenen Naturschäden betroffen ist. Während des jüngsten Wahlkampfes war der Klimawandel aber weder bei der Regierungspartei, die ihren Machtanspruch an den Wahlen verteidigen konnte, noch bei der Opposition ein zentrales Thema: Die Parteiprogramme stellten Klimainitiativen nicht in den Vordergrund und strebten für die Zukunft keine deutlich höheren Ausgaben für diesen Bereich an.

Es scheint, als werde die Politik in Indien ihren Fokus (und die entsprechenden Ausgaben) nicht auf die Klimapolitik legen, sondern auf Zielen für das Wirtschaftswachstum, die nationale Sicherheit und die geopolitischen Ambitionen belassen. Das spiegelt zudem die zunehmende geopolitische Bedeutung Indiens wider, das nun seine Position zwischen dem Westen (vor allem die USA und die EU) und China ausspielen kann.



**«Investoren, die zukunftssichere
Lösungen für ihre Portfolios
anstreben, haben offenbar
keine andere Wahl, als den
Fokus auf übergangssichere»
Investitionen zu legen.»**



Abschliessende Überlegungen für Anlegerinnen und Anleger

Die Folgen einer erneuten Präsidentschaft von Donald Trump sowie die Erwartung eines weniger «grünen» EU-Parlaments nach den jüngsten Wahlen hat in Verbindung mit den Konflikten im Nahen Osten und in der Ukraine die Stimmung an den Märkten mit Blick auf Sektoren getrübt, die vom ökologischen Wandel profitieren. Diese geopolitischen Auswirkungen verstärkten die zyklischen Effekte zusätzlich. Letztere umfassen den Anstieg der Zinsen und die gedämpften Margen infolge globaler Überkapazitäten in bestimmten Sektoren, die für den ökologischen Wandel wichtig sind. Jede Verschärfung von Konflikten auf ein Mass, welches das globale Angebot von fossilen Brennstoffen beeinträchtigt (zum Beispiel eine Schliessung der Strasse von Hormus) könnte andererseits den ökologischen Wandel vorantreiben, weil dadurch die Energieabhängigkeit von Ländern und Regierungen, die nicht miteinander verbündet sind, deutlich wird.

Diese Entwicklungen setzten «grüne» Sektoren unter Druck, obwohl der langfristige Übergang zu einer nachhaltigeren und elektrifizierten Wirtschaft mit erneuerbaren Energien und effizienteren Stromnetzen unausweichlich scheint. Doch bis die Energiewende erreicht ist, kann kurz- und mittelfristig nicht auf Kohle- und Atomenergie verzichtet werden.

Der ökologische Wandel wird in jedem Fall das geopolitische Kräftegleichgewicht umverteilen. Länder mit Ressourcen, die für die Energiewende und die damit verbundenen Technologien wichtig sind, werden in der Geopolitik mehr Einfluss bekommen. Auf der anderen Seite werden Länder, die im letzten Jahrhundert auf ihre Ressourcen fossiler Brennstoffe gebaut haben, an Bedeutung verlieren. Dieser Wandel wird sich indes nicht über Nacht vollziehen.

Während der Übergangsperiode sollten Anlegerinnen und Anleger also sowohl den anhaltenden Bedarf an fossilen Brennstoffen während der Energiewende als auch die langfristigen Vorteile von Investitionen in Sektoren, die über Jahrzehnte profitieren werden, im Auge behalten. Die geopolitischen Entwicklungen werden auf kurze, aber auch auf lange Sicht diesen Übergang prägen. Scheinbar führt für Anlegerinnen und Anleger, die «zukunftsichere» Lösungen für ihre Portfolios anstreben, kein Weg vorbei an einem starken Fokus auf Investments, die gut durch diese Übergangsperiode kommen.

AON (2024), «Climate Catastrophe Insight»

Congressional Budget Office, Joint Committee on Taxation (2023). Verfügbar unter [<https://www.cbo.gov/data/budget-economic-data>]

Economist, The (2024). The Economist explains: How viable is Arctic shipping? Verfügbar unter [<https://www.economist.com/the-economist-explains/2024/01/18/how-viable-is-arctic-shipping>]

Europäischer Rat (2024). Verfügbar unter [<https://www.consilium.europa.eu/de/policies/green-deal/>]

Evenett, S., Jakubik, A., Martín, F., & Ruta, M. (2024). The return of industrial policy in data. IMF working Paper Series. Verfügbar unter [<https://www.elibrary.imf.org/downloadpdf/journals/001/2024/001/001.2024.issue-001-en.pdf>]

Internal Displacement Monitoring Center. 2023. Grid 2023: Global Report on Internal Displacement. Verfügbar unter [<https://www.internal-displacement.org/global-report/grid2023/>]

Ionesco, Dina (2019). «Let's Talk About Climate Migrants, Not Climate Refugees». International Organization for Migration. Abgerufen am 18. Oktober 2023.

Nordostpassage. Verfügbar unter [<https://www.economist.com/the-economist-explains/2024/01/18/how-viable-is-arctic-shipping>]

Schaffung von Arbeitsplätzen. Verfügbar unter [<https://www.whitehouse.gov/climate/>]

Knabb, Richard D (2005). Rhone, Jamie R; Brown, Daniel P; National Hurricane Center (20. Dezember 2005). Verfügbar unter [https://nhc.noaa.gov/data/tcr/AL122005_Katrina.pdf] Hurricane Katrina: August 23–30, 2005 (PDF) (Tropical Cyclone Report). United States National Oceanic and Atmospheric Administration's National Weather Service. Abgerufen am 8. Januar 2016.

Rantanen et.al, (2022), Rantanen, Mika, Alexey Yu Karpechko, Antti Lipponen, Kalle Nordling, Otto Hyvärinen, Kimmo Ruosteenoja, Timo Vihma und Ari Laaksonen. «The Arctic has warmed nearly four times faster than the globe since 1979.» Communications earth & environment 3, no. 1 (2022): S. 168.

Redl, C., & Hlatshwayo, S. (2021) Forecasting Social Unrest: A Machine Learning Approach. IMF Working Paper, WP/2021/263, Verfügbar unter SSRN [<https://ssrn.com/abstract=4026493>].

Ritchie, H. & Rosado, P. (2022) Natural Disasters. Our World in Data, University of Oxford – Daten übernommen von EM-DAT, CRED / UCLouvain. Verfügbar unter [<https://ourworldindata.org/grapher/economic-damage-from-natural-disasters>]

S&P Global (2020), «Wildfires: Impact on the Australian and Californian agricultural industries». Verfügbar unter [<https://www.spglobal.com/commodityinsights/en/ci/research-analysis/wildfires-impact-on-the-australian-and-californian-agricultura.html>]

Stern, N. (2006) Stern Review: The Economics of Climate Change. Cambridge University Press, Cambridge.

Swiss Re Institute, (2019) «Insurance in a world of climate extremes: what latest science tells us». Englische Version verfügbar unter [https://www.swissre.com/dam/jcr:f2ec0485-5732-4204-9a67-e754978fedbc/Insurance_climate_extremes_expertise_publication.pdf]

Thompson, H. (2022) The geopolitics of fossil fuels and renewables reshape the world. Nature 603, no. 7901 (2022): 364–364 Verfügbar unter [<https://www.nature.com/articles/d41586-022-00713-3>]

Tucker, P. (2024) A message to economists: Geopolitics matters too. Financial Times. Verfügbar unter [<https://www.ft.com/content/f05826c0-d030-4fa4-89d1-72a1b73dec3d>]

UK Met Office (2024). Global impacts of climate change projections. Verfügbar unter [<https://www.metoffice.gov.uk/research/climate/climate-impacts/global-impacts-of-climate-change---projections>]

Vontobel White Paper (2023) Die Suche nach Ressourcen: Wie sich Ressourcenknappheit, Geopolitik und Globalisierung auf Ihre Investitionen auswirken», von R. Cueni. Verfügbar unter [<https://am.vontobel.com/de/insights/the-quest-for-resources>]

Woo, R. und Holmes, D. (2024). China issues rare earth regulations to further protect domestic supply. Reuters. Verfügbar unter [[https://www.reuters.com/markets/commodities/china-issues-rare-earth-regulations-further-protect-domestic-supply-2024-06-29/#:~:text=BEIJING%2C%20June%2029%20\(Reuters\),electric%20vehicles%20to%20consumer%20electronics.](https://www.reuters.com/markets/commodities/china-issues-rare-earth-regulations-further-protect-domestic-supply-2024-06-29/#:~:text=BEIJING%2C%20June%2029%20(Reuters),electric%20vehicles%20to%20consumer%20electronics.)]

World Bank (2024) World Development Indicators Database. Daten verarbeitet von Our World In Data, University of Oxford. Verfügbar unter [<https://ourworldindata.org/grapher/internally-displaced-persons-from-disasters>]

Zack (2019). Verfügbar unter [<https://georgetownsecuritystudiesreview.org/2019/12/11/climate-change-and-armed-conflict-assessing-the-worlds-most-vulnerable-region/>]

Zurich Insurance und Bericht von AON. Verfügbar unter [<https://www.zurich.com/en/knowledge/topics/climate-change/how-climate-change-will-impact-business-everywhere>] & [<https://www.aon.com/en/insights/reports/climate-and-catastrophe-report>]

Vontobel verwendet für den Druck ausschliesslich Recyclingpapier. Für die Herstellung von Recyclingpapier wird etwa 1,5 Mal weniger Energie und 2,5 Mal weniger Wasser benötigt als für die Herstellung von Papier aus Frischfasern. Recyclingpapier reduziert ausserdem die Treibhausgasemissionen um mehr als 20 Prozent. Die verbleibenden Emissionen gleichen wir durch verschiedene CO₂-Projekte weltweit aus.

Weitere Informationen

vontobel.com/verantwortung

Wichtige Informationen

Dieses Marketingdokument wurde von einem oder mehreren Unternehmen der Vontobel-Gruppe (zusammen «Vontobel») für institutionelle Kunden erstellt.

Die in diesem Dokument enthaltenen Informationen sind nicht zur Weitergabe an oder zur Nutzung durch natürliche oder juristische Personen in Ländern bestimmt, in denen eine solche Weitergabe oder Nutzung gegen geltende Gesetze oder Vorschriften verstösst, oder Vontobel oder mit ihr verbundene Unternehmen einer Registrierungspflicht in einer solchen Rechtsordnung oder in einem solchen oder Land unterwerfen würde. Vontobel übernimmt keine Gewähr dafür, dass die in diesem Dokument enthaltenen Informationen für alle Orte oder für alle Lesenden geeignet sind. Dieses Dokument stellt weder eine Empfehlung noch ein Angebot oder eine Aufforderung zur Zeichnung, zum Kauf, zum Halten oder zum Verkauf von Finanzinstrumenten in irgendeiner Rechtsordnung dar, sei es direkt oder indirekt.

Alle hier genannten Unternehmen dienen nur zur Veranschaulichung des behandelten Themas und sind nicht als Empfehlung zum Kauf, Halten oder Verkauf dieser oder ähnlicher Unternehmen zu verstehen. Es sollten keine Annahmen hinsichtlich der Rentabilität oder Performance eines genannten Unternehmens oder eines mit diesem verbundenen Wertpapiers getroffen werden.

Etwaige Prognosen oder zukunftsgerichtete Aussagen über zukünftige Ereignisse oder die finanzielle Leistungsfähigkeit von Ländern, Märkten und/oder Investitionen beruhen auf einer Vielzahl von Schätzungen und Annahmen. Es kann nicht garantiert werden, dass sich solche Annahmen als richtig erweisen, und die tatsächlichen Ergebnisse können erheblich abweichen. Die Bezugnahme auf Prognosen ist nicht als Hinweis darauf zu verstehen, dass Vontobel derartige Einschätzungen für eine verlässliche Vorhersage zukünftiger Ereignisse hält, und sollte auch nicht als solche betrachtet werden.

Dieses Dokument dient lediglich Informationszwecken. Es stellt weder eine Aufforderung noch ein Angebot oder eine Empfehlung dar, Anlageinstrumente zu kaufen oder zu verkaufen, Transaktionen durchzuführen oder Rechtsgeschäfte jedweder Art abzuschliessen.

Die Überlegungen, die im Rahmen von ESG-Prozessen beurteilt werden, können je nach Anlage und Emittent unterschiedlicher Art sein, und nicht jeder Faktor muss für alle Anlagen identifiziert oder berücksichtigt werden. Bei ESG-Anlagen kann auf Marktchancen verzichtet werden, die ansonsten Strategien zur Verfügung stehen, die nicht gemäss diesen Kriterien investieren. Die zur Einschätzung der ESG-Komponenten verwendeten Informationen können je nach Anbieter und Emittent unterschiedlich sein, da «ESG» kein einheitlich definiertes Merkmal ist. Bei ESG-Anlagen kann auf Marktchancen verzichtet werden, die ansonsten Strategien zur Verfügung stehen, die nicht gemäss diesen Kriterien investieren. Es gibt keine Garantie dafür, dass die angewandten Kriterien und Techniken erfolgreich sein werden.

Die Performance der Vergangenheit ist kein zuverlässiger Indikator für die aktuelle oder künftige Performance. Renditen können unter anderem aufgrund von Wechselkursänderungen sowohl fallen als auch steigen. Der Wert der investierten Gelder kann zunehmen oder zurückgehen, und es gibt keine Garantie dafür, dass Sie Ihr angelegtes Kapital ganz oder teilweise zurückerhalten.

Dieses Dokument ist nicht das Ergebnis einer Finanzanalyse und fällt daher nicht unter die Richtlinien der Schweizer Bankiervereinigung zur Unabhängigkeit von Finanzanalysen. Vontobel und/oder der Aufsichtsrat, die Geschäftsleitung und Mitarbeitende des Unternehmens können Beteiligungen oder Positionen in relevanten Wertpapieren halten, gehalten haben, gehandelt haben, oder für diese als Market Maker aufgetreten sein. Ausserdem können diese Rechtsorgane oder Personen Geschäfte für Kunden in diesen Instrumenten ausgeführt haben, oder Corporate Finance- oder andere Dienstleistungen an relevante Gesellschaften erbringen oder erbracht haben.

Obwohl Vontobel der Ansicht ist, dass die in diesem Dokument enthaltenen Informationen auf zuverlässigen Quellen beruhen, kann Vontobel keine Verantwortung für die Qualität, Richtigkeit, Aktualität oder Vollständigkeit der hierin enthaltenen Informationen übernehmen. Ausser in gemäss geltendem Urheberrecht zulässigen Fällen darf keine dieser Informationen, ganz gleich in welcher Form und auf welche Art, ohne die ausdrückliche schriftliche Zustimmung von Vontobel vervielfältigt, angepasst, für Dritte hochgeladen, verlinkt, geframt, öffentlich vorgeführt, verteilt oder übertragen werden. Soweit gesetzlich zulässig, haftet Vontobel in keiner Weise für Verluste oder Schäden, die Ihnen entstehen, weil Sie diese Informationen nutzen oder auf sie zugreifen oder weil Vontobel es unterlässt, Ihnen diese Informationen zur Verfügung zu stellen. Unsere Haftung für Fahrlässigkeit, Vertragsbruch oder Zuwiderhandlungen gegen Gesetze, weil wir diese Informationen oder Teile davon nicht zur Verfügung gestellt haben, oder für Probleme in Zusammenhang mit diesen Informationen, die rechtmässig nicht von der Haftung ausgenommen werden können, beschränkt sich nach unserer Wahl und soweit gesetzlich zulässig darauf, Ihnen diese Informationen oder Teile davon erneut bereitzustellen oder die Kosten für die erneute Bereitstellung dieser Informationen oder von Teilen davon an Sie zu tragen. Weder dieses Dokument noch eine Kopie davon darf in Ländern verteilt werden, in denen eine solche Verteilung gesetzlich eingeschränkt ist. Empfänger dieses Dokuments sollten sich über derartige Beschränkungen informieren und diese einhalten.

Vontobel Asset Management AG
Gotthardstrasse 43
8022 Zürich
Switzerland
vontobel.com

